

KURZ NOTIERT

von Lisa Hesse

Pro-Thaksin Journalist verurteilt

Ende Januar 2013 wurde der Journalist und Aktivist Somyot Pruksakasemsuk wegen Majestätsbeleidigung zu elf Jahren Haft verurteilt. Grund für die Verurteilung waren zwei majestätskritische Artikel in dem von ihm herausgegebenen Magazin »Voice of Thaksin« im Jahr 2010, sowie einer aufgeschobenen einjährigen Haftstrafe für Verleumdung. Vor seiner Inhaftierung im April 2011 hatte sich Somyot für eine Änderung des strikten *Lèse-majesté* Gesetzes eingesetzt.

International löste das Urteil gegen Somyot Kritik aus. VertreterInnen der *Vereinten Nationen*, internationaler Menschenrechtsorganisationen sowie der *Europäische Union* kritisierten, dass das Urteil die Meinungs- und Pressefreiheit untergräbt und Thailands Ruf als freie und demokratische Gesellschaft angreift. Der vorsitzende Richter Thawee Prachualarb wies die Kritik zurück und betonte, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung nicht die Freiheit beinhalte, jedermann zu kritisieren und anzuklagen. Nach

thailändischem Gesetz ist die Monarchie eine Institution die über der Politik steht.

Human Rights Watch Mitglieder beobachteten in der Zeit von Januar 2006 bis Mai 2011 einen auffälligen Anstieg von Majestätsbeleidigungen, die vor Gericht verurteilt wurden und das Recht auf Meinungsäußerung im öffentlichen Raum einschränken.

CNN 23.1.2013

Amnesty.org 23.1.2013

The Nation 25.1.2013

Die Autorin hat humanitäre Hilfe an der Ruhr-Universität Bochum und internationales Recht in Australien studiert und ist Mitglied der SOAI.

Überarbeitete Stadtplanung ist Schlüsselangelegenheit

Prof. Dr. Thanawat Jarupongsakul der Chulalongkorn Universität warnt vor einer Wiederholung der dramatischen Auswirkungen der Flutkatastrophe von 2011. Er kritisiert die wechselnden Schuldzuweisungen zwischen Bangkoks Bürgermeister und der Regierung und fordert stattdessen einen Präventionsplan für die nächsten 100 Jahre, der auch die Provinzregierungen mit einschließt. Denn während der letzten Flutkatastrophe

wurde zwar das wirtschaftliche Zentrum Bangkoks unter großen Anstrengungen vor dem Schlimmsten geschützt, die nördlichen Provinzen erhielten jedoch kaum Hilfe.

Vertreter der *Thai Hydra Association* und dem *Institute for Technology's Water Engineering and Management Program* betonten, dass eine überarbeitete Stadtplanung und Flut-Risikozonen zentral sind, um zukünftig besser vorbereitet zu sein. Dämme

des Chao Phraya müssen erhöht und Schneisen zu Ausweichflüssen wie dem Bang Pakong und Ta Chin eingerichtet werden, auch das Pumpensystem muss verbessert werden, um Überflutungen der Stadt besser kontrollieren zu können. Auch das Bangkok Kanalsystem ist Teil der Flutprävention und muss zukünftig im Fokus der Entwicklungen stehen.

The Nation 28.1.2013

Abhisit wegen Mordes angeklagt

Der ehemalige Premierminister Abhisit Vejjajiva ist wegen Mordes an einem Taxifahrer angeklagt, dieser kam während der Proteste im Mai 2010 durch Schüsse ums Leben. Grund für die Anklage ist der Gebrauch scharfer Munition während der Anti-Regierungsproteste 2010, bei denen 90 Menschen starben und über 1.800 verletzt wurden. Abhisit verteidigte sein Verhalten und das der Truppen und erklärte, dass die Einrichtung von Beschuss-

zonen während der Proteste ausschließlich der Selbstverteidigung dienten und keinen Akt der Aggression darstellten.

Die Anklage gegen Abhisit wurde vom *Amt für Sonderermittlungen* (DSI) erhoben. Das DSI, das unter dem Justizministerium agiert, klagte im Zuge der Proteste auch über 300 Rothemden wegen terroristischer Taten, wie zum Beispiel Brandstiftung, an.

Abhisit will die Anklage anfechten und das DSI natürlich

verklagen. Sein Argument ist, dass während der Proteste eine Notverordnung galt, wodurch sein Handeln rechtmäßig war. Auf Seiten der amtierenden Pro-Thaksin Regierung überlegen Anwälte, den Fall Abhisit vor den Internationalen Strafgerichtshof zu bringen.

Bloomberg 21.1.2013

The Guardian 13.12.2012